

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestimmter: Durch unsern Sohn  
bei uns monatlich bei Markt  
Bestellungen nehmen die Anzeiger  
und die Anzeiger die Bestellungen  
entgegen. - Erhalten werthig.  
Verantwortl. Anstalt Nr. 25.  
Telegramme: Kageblatt Auergebirge.

Bestimmter: Durch unsern Sohn  
bei uns monatlich bei Markt  
Bestellungen nehmen die Anzeiger  
und die Anzeiger die Bestellungen  
entgegen. - Erhalten werthig.  
Verantwortl. Anstalt Nr. 25.  
Telegramme: Kageblatt Auergebirge.

Nr. 286

Sonnabend, den 9. Dezember 1922

17. Jahrgang

### Am Vortag der Londoner Konferenz.

Das Reichskabinett tagt in Permanenz. Es steht vor der Aufgabe, bis zum Sonntag drei wichtige Fragen zu lösen, in drei für die Gestaltung der nächsten und der ferneren politischen Zukunft Deutschlands entscheidenden Angelegenheiten seine Stellung gegenüber dem Ausland zu präzisieren. In diesen drei Angelegenheiten ist ihr ein bestimmter Termin gesetzt, der 10. Dezember, der Tag des Beginnes der Londoner Konferenz. Bis zu diesem Tag werden von Deutschland die Antworten verlangt auf die Sühnennote der Völkervereinigung wegen der Zwischenfälle in Inngolstadt, Passau und Steyer, und bis zum gleichen Tag soll die deutsche Antwort auf die letzte Note wegen der Umorganisation der militärischen Kontrolle übergeben werden. Mit diesen beiden Antwortnoten haben sich die Beratungen des Reichskabinetts am Donnerstag und am Freitag vormittag fast ausschließlich beschäftigt, und man ist namentlich hinsichtlich der Beantwortung der Sühnennote über die Richtlinien der deutschen Erklärung einig geworden. Die Vorbedingungen dafür waren bereits in der Rücksprache des Reichskanzlers mit dem bayerischen Ministerpräsidenten geklärt, und die Antwort, die nunmehr von der Reichsregierung an die Völkervereinigung gehen soll, wird in dem Sinne lauten, daß das Reich noch einmal sein Bedauern über die Zwischenfälle ausdrückt mit der Erklärung, daß die Reichsregierung, entsprechend der Weimarer Verfassung, damit zugleich im Namen des beteiligten deutschen Landes spricht. Erwägungen darüber, ob die Reichsregierung gegebenenfalls in der Lage wäre die geforderte Geldbuße zu übernehmen und aufzubringen, sind noch im Gange. (Siehe besondere Notiz!) Außerstande wird sich dagegen die Reichsregierung erklären, die Absetzung der Bürgermeister der betreffenden Städte zu veranlassen. Die Formulierung dieser Antwort ist jedoch, wie schon gesagt, noch nicht abgeschlossen.

Zunach wird die Antwortnote zu der Frage über die Umwandlung der internationalen Militärkontrollkommission in ein Militärgarantiekomitee und auf die dafür als Voraussetzung gestellten Bedingungen fixiert werden, und man rechnet damit, daß die beiden Noten am Montag in Paris überreicht und gleichzeitig der deutschen Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Angesichts der Notwendigkeit, in diesen beiden Angelegenheiten einen bestimmten und nachfolgenden Termin einzuhalten, ist die Frage der deutschen Haltung zu dem Reparationsproblem in den letzten Beratungen der Reichsregierung etwas zurückgetreten. Was sich bisher zuverlässig feststellen läßt, ist lediglich, daß die deutsche Regierung den Willen hat, aktive Reparationspolitik zu treiben, daß sie sich - bei klarer Erkenntnis der Notwendigkeit einer definitiven Lösung - angesichts der politischen Lage auch für eine Zwischenlösung zur Mitarbeit bereit findet und daß die Vorschläge, die man von ihr zu erwarten hat, im wesentlichen auf eine Ergänzung und Ausdehnung der Note vom 18. November hinauslaufen werden. Diese von dem früheren Kabinett der Reparationskommission übermittelte und von der überwältigenden Mehrheit des Reichstages gebilligte Note ist und bleibt unbedingt die Grundlage der deutschen Reparationspolitik auch für das Kabinett Cuno, und ihr wird daher in den nächsten Tagen wieder eine besondere und aktuelle Bedeutung zukommen. Daß sich die Bemühungen und die Vorschläge dabei mit besonderem Nachdruck auf eine äußere Anleihe und zu deren Ergänzung auch auf eine innere Anleihe richten, trifft ebenfalls zu, doch eilen die Darstellungen, die bereits von einer engeren Verbindung der deutschen Industrie mit solchen Plänen melden, den Tatsachen zum mindesten voraus - wenn auch auf der anderen Seite gewisse allzu kategorische Elemente nicht unbedingt wörtlich für bare Münze genommen werden dürfen. Eine besondere Rolle in der öffentlichen Diskussion spielt die Frage, ob die deutschen Vorschläge bis zum Beginn der Londoner Konferenz bereits fixiert sein können. Das scheint aber nicht so ausschlaggebend, wie man hier und da glaubt. Praktisch wird es genügen, wenn diese Vorschläge in ihren großen Umrissen geklärt sind und wenn die Möglichkeit besteht, sie in London auf einem Wege zur Kenntnis der Gegenseite zu bringen, der keineswegs der offizielle einer Notenüberreichung zu sein braucht.

### Herabsetzung der Reparationsforderungen?

Der Pariser Berichterstatter des „Times“ schreibt: Poincaré sei lebhaft bestrebt, die Brüsseler Konferenz zustande zu bringen. Wenn diese Politik scheitert, sei es wahrscheinlich, daß der französische Ministerpräsident

seine Aufgabe zu einem baldigen Zeitpunkt für beendet ansehen werde. Es braucht auch nicht erst gesagt zu werden, daß ein Scheitern der Londoner Verhandlungen einen Schlag für das Reparationsproblem und für die französisch-englische Freundschaft bedeuten würde. Ueberall besteht die Meinung, die Regierung Bonar Jaws aus weniger günstig für die französischen Interessen anzusehen, als zuerst gedacht wurde. Weiter erzählt der Berichterstatter, daß Barthou und, wie Grund anzunehmen bestehe, auch Poincaré unter gewissen Bedingungen bereit seien, einer Ermäßigung der deutschen Entschädigung auf 40 Milliarden Goldmark zuzustimmen. Andererseits bestehe der Eindruck, daß England bereit sei, Frankreich in der Frage der Pfänder entgegenzukommen, die sich in der Hauptsache auf die Sicherung der alliierten Pfandrechte auf deutsche Bergwerke und Wälder beziehe. Hierbei sei jedoch die Frage, ob Frankreich sich jetzt mit Teilforderungen, wie im März, begnügen würde, und ob die französischen Forderungen bezüglich der Kontrolle nicht größer sein würden.

### Die deutschen Vorschläge.

Der Inhalt der neuen deutschen Vorschläge ist, wie wir hören, von dritter Seite an die Regierung herangetragen worden. Die Vorschläge des deutschen Kabinetts sind etwa folgende:

1. Die Festsetzung einer bestimmten Reparationssumme, die erhoben wird unter Berücksichtigung der heutigen Leistungsfähigkeit Deutschlands und unter Ausschreibung der bisher gemachten Reparationsleistungen in Höhe von über 70 Milliarden.
2. Gewährung eines mehrjährigen Moratoriums.
3. Auslegung einer inneren Goldanleihe, deren Summe nicht festgelegt worden ist. Die Anleihe soll in erster Linie der Verzinsung der gestundeten Reparationssumme dienen und die Mittel in die Hand geben, daß Frankreich sofort bares Geld bekommt.
4. Auslegung einer ausländischen Anleihe mit dem Ziel der sofortigen Mobilisierung der gesamten Reparationsschuld und der Verteilung der Summe auf Deutschland und Frankreich.

### Frankreichs Absichten.

Urteil eines neutralen Diplomaten aus Paris.

Herr Poincaré hält die Amtsperiode des Kabinetts Cuno, dessen Schwäche darin bestehe, daß es sich nicht auf die Parteien stützen könne, für den geeigneten Zeitpunkt zur Durchführung der französischen Annexionspolitik. Herr Poincaré wird das deutsche Kabinett Cuno vor neue scharfe Forderungen der Reparationskommission stellen in der Hoffnung, daß dafür keine Mehrheit im Reichstag zu finden sei, da die rechtsstehenden Parteien eine solche Forderung ablehnen, während die Sozialisten eine Verständigung mit Frankreich suchten. Die Reise Poincarés nach London habe daher für die französische Politik nur den einen Zweck, herauszufinden, wo der englische Widerstand einsehen wird.

Für den Fall, daß die deutsche Regierung die französische Politik durchschau und neuen Reparationsforderungen mit einem eigenen Angebot zuvorzukommen sollte, wird Herr Poincaré bei jedem neuen Angebot Deutschlands den „hohen Willen Deutschlands“ konstatieren und daraus die Folgerung ziehen, daß mit Gewaltmaßnahmen noch erheblich mehr Summen von Deutschland zu erlangen seien. Obwohl auf dem Wege neuer kategorischer Forderungen der Reparationskommission an Deutschland wie neuer Angebote des Kabinetts Cuno glaubt somit Poincaré, seine Absichten auf das Rheinland und Ruhrgebiet endgültig verwirklichen zu können.

Anfragen im englischen Unterhaus.

Im Unterhause fragte Morel, ob Sir William Tyrrell im Auftrage der britischen Regierung in Paris gewesen sei, ob seine Mission Frankreichs Pläne im Zusammenhang mit der Rheinprovinz und dem Ruhrgebiet betreffe und ob Tyrrell den Präsidenten der französischen Republik gesprochen habe. Bonar Jaws erwiderte, er könne keine Informationen über die Verwendung jedes einzelnen britischen Beamten geben. Wie er bereits mitgeteilt habe, sei keine Verständigung getroffen oder überhaupt angeregt worden. Diese Frage werde auf der bevorstehenden Konferenz der alliierten Premierminister erwohnen werden. Darauf fragte Morel, ob er nicht berechtigt zu erfahren, welches die Politik der Regierung in dieser vitalen Frage ist? Bonar Jaws erwiderte: Wie kann ich eine politische Darstellung geben über Vorschläge, die mir von anderen Regierungen vorgelegt werden sollen, bevor ich sie gesehen habe? Lloyd George fragte darauf, ob Bonar Jaws dem Hause vor seiner Vertretung eine Erklärung über diese Lage

wichtige Frage abgeben könne? Das Haus hat über die Ansicht der britischen Regierung in der Frage der Reparationen und der internationalen Schulden noch nicht unterrichtet. Es sei wichtig, daß das Haus aus dem Munde Bonar Jaws erfahre, welche Meinung er in diesen Fragen habe. Dem Hause müsse in Anbetracht dessen, daß Bonar Jaws im Begriff sei, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, Gelegenheit gegeben werden, diese Frage zu erörtern. Bonar Jaws erwiderte darauf, es werde, wenn irgend möglich, eine Erklärung abgegeben.

Der tschechische Botschafter in London.

Der Prager französische Gesandte Comgel und der französische Generalkonsul der tschechoslowakischen Krone sind nach Paris abgereist. Die Reise erfolgt in Prager diplomatischen Kreisen Aufsehen und wird hier mit der beabsichtigten französischen Aktion in den tschechischen Ländern und deren etwaigen Folgen für Deutschlands Nachbarn in Verbindung gebracht.

### Neuer Kurs der amerikanischen Politik.

Amerika greift ein?

Die bedeutende Schwächung der amerikanischen Politik in der Richtung einer nun wieder größeren Aktivität in europäischen Fragen wird immer deutlicher bemerkbar. Ein Beweis für das ungewöhnliche Interesse, das die Washingtoner Regierung und Amerika überhaupt an den Londoner Verhandlungen der Premierminister der Alliierten über die Reparationsfrage nehmen, ist die Zusammenkunft der amerikanischen Botschafter in Berlin und Brüssel mit dem amerikanischen Botschafter in London. Es wird in amerikanischen amerikanischen Kreisen ohne weiteres gegeben, daß diese Botschafterzusammenkunft, die wahrscheinlich auf Grund besonderer Weisung aus Washington stattfand, sich auf die Londoner und Brüsseler Reparationsverhandlungen bezieht. Man weiß dabei mit großem Nachdruck auf das Erscheinen des Berliner Botschafters Houghton hin. Es wird daran erinnert, daß Houghton vor seiner Abreise aus Berlin eine eingehende Unterredung mit Reichskanzler Cuno und dem englischen Botschafter d'Albarnon gehabt hat. Während Houghton dann mit Senator Mac Cormick zur politischen Aussprache nach Paris gereist ist, ist d'Albarnon am gleichen Tage direkt nach London gefahren. Hierbei ist nun am Mittwoch auch Houghton gekommen, und man darf annehmen, daß er sehr wertvolle Informationen aus Paris mitbrachte. Man erwartet danach in den politischen Kreisen Londons die weitere Entwicklung mit Spannung und wird nicht überrascht werden, wenn der Gang der kommenden Londoner Ministerpräsidenten-Konferenz durch die neuen Vorschläge Cunos - die er Houghton und d'Albarnon schon fixiert haben dürfte - eine neue Wendung erhalten würde.

Man nimmt an, daß zu irgendeinem Zeitpunkt der Konferenz der eine oder der andere der drei Botschafter oder alle drei als Vertreter der Vereinigten Staaten an den Londoner Verhandlungen der Ministerpräsidenten teilnehmen werden, da ja Amerika nicht offiziell zur Konferenz eingeladen ist.

Sehr interessant und wenigstens in indirektem Zusammenhang mit dieser Bewegung der amerikanischen Politik stehen die Äußerungen Morgans über die Möglichkeit der Stabilisierung der Mark. Er hält es aber für notwendig, daß die deutschen Versuche zur Stabilisierung der Mark durch die Entente unterstützt werden. Er hat in Paris ausdrücklich darauf hingewiesen, daß, nach seinen Eindrücken, Deutschland bereits alle Maßnahmen getroffen habe, um die Markstabilisierung vorzubereiten. Die Auslandsanleihe ist für Morgan das Nächste, was geschehen müsse. Und um diese zu erlangen, hat er Frankreich nahegelegt, Deutschland freie Hand zu geben, Garantien für diese Anleihe zu suchen. Im übrigen beweist der Aufenthalt Morgans in Europa am deutlichsten, daß er sich immer noch mit dem Plan der Sanierung der deutschen Wirtschaft beschäftigt. Denn wenn er die Stabilisierung der Mark abgeschlossen halten würde, würde er sich schon wohl wieder nach Amerika eingeschifft haben und nicht weiter in Paris Verhandlungen geführt haben.

### Mussolini für Stärkung der Entente.

Mussolini, der sich jetzt auf dem Weg nach London befindet, hat, wie die „Times“ wissen will, den Wunsch ausgedrückt, daß die gesamte Frage der Reparationen bei der bevorstehenden Zusammenkunft der Frankfurter Konferenz gründlich erörtert werde. Er ist aufsehend der Ansicht, daß die Alliierten sich nicht mit einem oberflächlichen vorläufigen Abkommen begnügen dürften.

lex  
Aue,  
128.  
chinen  
Nurwahl  
u. Ober  
eingelichtet  
Rorgner  
raße 35.  
Nr. 641. -  
gestattet.  
del  
uchen  
sthehr. 2.  
nhaar  
uppenlink,  
Fernruf. 620.  
rtung  
ntungen  
der In-  
em,  
appel